

Zusammenfassung Beschluss HH-Satzung – STR-Sitzung 15.05.2014

Unsere Fraktion der FWL bewertet den HH-Plan /HH-Satzung 2014 wie folgt:

Die Eröffnungsbilanz für das Jahr 2012 liegt der der Stadt zur Korrektur vor. Hier würde ich die Kämmerin Frau Ostermann bitten im Anschluss kurz über den aktuellen Sachstand zu berichten.

- Aus diesem Grund fehlen noch die Jahresabschlüsse 2012 und 2013
- Dies hat auch Auswirkungen auf den HH 2014 insbesondere bei der Abschreibung und den Sonderposten

In der HH-Satzung sind für 2014 folgende Schwerpunktziele benannt:

- Schützenhaus
- Finanzen
- Wirtschaft
- Senioren und
- Kinder

Ich möchte dazu nochmal kurz auf die Schwerpunkte Wirtschaft, Senioren und Kinder eingehen.

Für unsere Fraktion sind die dargelegten Ziele im Bereich Wirtschaft begrenzt auf den Ausbau und die Erweiterung des Straßennetzes zu kurz gedacht.

- a) Sie sind nicht realistisch, wir werden **als Stadt** keine neuen Straßen bauen, dazu gibt es keinerlei Planansätze. Notwendig sind hier Straßenreparaturen oder der grundhafte Ausbau von nicht verkehrssicheren bestehenden Gemeindestraßen.
- b) Hier müssen wir im Bereich Wirtschaft z. B. die Vergaben für städtische Bauleistungen so ausrichten, dass unsere ortsansässigen Unternehmen davon profitieren können um somit regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt, Arbeitsplätze erhalten/gesichert werden und damit das Steueraufkommen für unsere Stadt verbessert wird. Weiterhin sollten wir im Stadtrat darauf einwirken, günstigere Rahmenbedingungen zur Ansiedelung neuer Unternehmen zu schaffen bzw. zur Standorterhaltung bereits vorhandener KMU Unternehmen sowie Handels- und Gewerbetreibenden beizutragen. Es muss sich für Gewerbetreibende lohnen in der Gemeinde zu investieren.

Auch das Thema Senioren bewegt unsere Fraktion. Hier stellen wir uns als Fraktion vor, dass z. B. die Selbsthilfe Gruppe „Demenzranke“ durch die Bereitstellung von kostenlosen Räumlichkeiten ab 2015 und die Transportübernahme der Teilnehmer durch die Stadtverwaltung übernommen wird, aber auch im Bereich Bürgerbüro sehen wir Ansatzpunkte für hilfebedürftige ältere Menschen zur Unterstützung.

Zum Thema Kinder - hier kann es nicht nur um attraktive Kindertagesstätten und Schulen gehen sondern hier ist die Qualität der Kindereinrichtung gefragt. Dazu zählen für uns auch Öffnungszeiten und Schließtage der Kita, und die Angebote der Mittelschule, welche derzeit nicht befriedigend sind.

Die letzten Zahlen die mir dazu vorliegen besagen, dass es für das neu Schuljahr nur 38 Anmeldungen (Plan 40) (Vgl. Gemeinde Staucha 58 Anmeldungen) gibt, d. h. das die Mindestanzahl der Schüler nicht erreicht wird und dass damit unser Mittelschulstandort gefährdet ist. Dies sollten wir nicht aus den Augen verlieren sondern uns dazu Gedanken machen, wie wir eine qualitative Verbesserung für beide Bereiche gemeinsam mit den Verantwortlichen erreichen.

Erstmals weist der HH-Plan 2014 einen negativen Betrag in H. v. 96.700 EUR aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Ergebnishaushalt aus. Unserer Gemeinde gelingt es damit nicht mehr ihre Kredittilgung zu erwirtschaften.

Derzeit verfügt Lommatzsch noch über einen Kassenbestand von 3,6 Mio. EUR im Finanzplanungszeitraum 2014 bis 2017 damit reichen die liquiden Mittel Momentan noch bis 2017 um den Bedarf an Zahlungsmittel zu decken, d.h. es ist 5 vor 12!

Aus diesem Grund sind zwingend Maßnahmen erforderlich die zu einer gesicherten Liquidität führen (siehe dazu Seite 17) so auch die Aussage in der Zusammenfassung des HH-Planes:

- Ein erster Schritt ist, dass eine HH-Sperre durch die Kämmerin veranlasst wird.
- Eine Erhöhung der Hebesätze teilt unsere Fraktion nicht, da diese im Kreis-Vgl. schon an der Spitze stehen und dies ohnehin nur zu einer unverhältnismäßig geringen Stabilisierung des Haushaltes beitragen würden.
- Im Doppischen HH gibt es eine Kosten/Leistungsrechnung bzw. hier sind die unwirtschaftlichen Produkte zu analysieren und Konsequenzen abzuleiten, dazu schlagen wir eine Arbeitsgruppe „Finanzen“ vor.
- Die Stadtverwaltung muss Vergaben für Bau- und Dienstleistungen im Rahmen des Vergaberechts so ausrichten, dass unsere ortsansässigen UN davon profitieren können und die Stadt so ebenfalls synergetisch von höheren Gewerbesteuererinnahmen profitieren kann sowie
- Gemeinsam mit Stadt, Stadtrat und Unternehmen günstigere Rahmenbedingungen sowie Anreize schaffen zur Ansiedlung von UN in unserer Gemeinde.

Danke für die Aufmerksamkeit